

Einführung: Ostasien zwischen Diktatur und Demokratie

Guest Editor: Aurel Croissant

Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts war bekanntermaßen geprägt durch den (fast) weltweiten Siegeszug der Demokratie. Nach Berechnungen des amerikanischen Freedom-House Instituts stieg die Zahl der „elektoralen Demokratien – also jene politischen Systeme, die einen regelmäßigen und mit friedlichen Mitteln ausgetragenen, hinreichend freien und fairen Wettbewerb um politische Ämter stattfindet – zwischen 1974 und 2000 von 39 auf 120 (siehe Abb. 1). Mit Ausnahme des Nahen und Mittleren Osten erreichte die sogenannte „Dritte Demokratisierungswelle“ (Huntington) alle Weltregionen einschließlich Ost- und Südostasien. Alleine in dieser Region stieg die Zahl der Demokratien von einer im Jahre 1980 (Japan) auf acht (2002).¹ Unter dem historischen Eindruck des Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme in Osteuropa formulierte der Politologe Francis Fukuyama 1992 seine populär gewordene These vom Ende der Geschichte. Fukuyama argumentierte, dass die westlichen Werte des demokratischen und wirtschaftlichen Liberalismus endgültig den Sieg über konkurrierende politische und wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen davon getragen hätten. Liberale Demokratien und Marktwirtschaft seien nun, am Ende des 20. Jahrhunderts, ohne Konkurrenz.

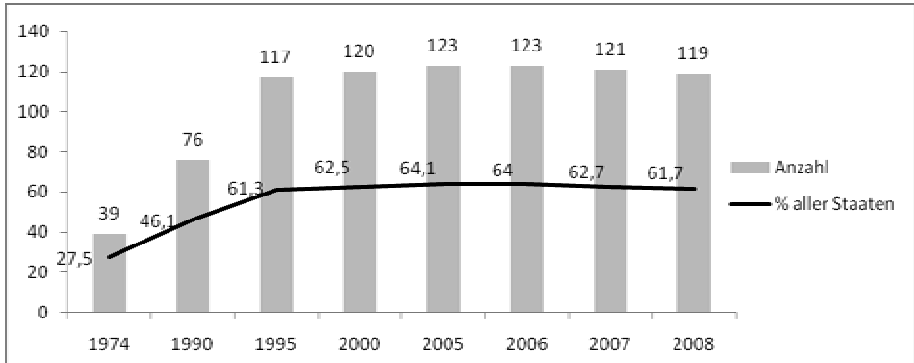
Zu Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch scheint sich das Blatt zu wenden. Fukuyamas Optimismus ist einem neuen Pessimismus in der Demokratieforschung gewichen. An die Stelle seiner These vom demokratischen „Ende der Geschichte“ ist die Diagnose vom „Rückzug der Demokratie“ (Freedom House 2008) getreten. Der Siegeszug der Demokratie ist, so Autoren wie Azar Gat (2007) von der „Rückkehr der autoritären Großmächte“ abgelöst worden.

Dieser neue Pessimismus speist sich aus mehreren Teilbeobachtungen. Eine erste Beobachtung lautet, dass Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie seit Ende der neunziger Jahre sehr selten geworden seien. Markant waren in den letzten Jahren vor allem extern gestützte Demokratisierungen in Ländern wie Afghanistan und Irak. Deren Ausgang ist jedoch weiterhin offen, da sich die mühsam errichteten demokratischen Verfahren und Institutionen bislang nicht stabilisieren konnten

¹ Japan, Mongolei, Taiwan, Südkorea, Thailand, Philippinen, Indonesien und Osttimor (Diamond 2008).

(Grimm 2010). Insgesamt sei die Zahl der Demokratien sogar leicht rückläufig, wie der Blick auf die bereits zitierten Daten von Freedom House suggeriert.

Abb. 1: Anzahl und Anteil der elektoralen Demokratie (1974-2008)



Quelle: Diamond 1999 u. 2008; eigene Berechnungen nach Freedom House (www.freedomhouse.org).

Eine zweite Beobachtung lautet, dass die verbliebenen Autokratien – immerhin etwa 40 Prozent aller Staaten weltweit – weitgehend resistent gegen Herausforderungen des demokratischen Wandels sind (Merkel 2010a). Augenfällig ist dies im Nahen und Mittleren Osten, wo der von den Vordenkern der Bush-Administration erhoffte demokratische Dominoeffekt des Irak auf die autoritären Nachbarstaaten ausblieb. Aber auch im pazifischen Asien lassen sich in den bestehenden Autokratien weder bedeutungsvolle Demokratisierungstendenzen erkennen, noch besteht begründete Aussicht auf eine solche Entwicklung (Köllner 2008; Case 2009).

Drittens sind in den vergangenen etwa 15 Jahren neue Autokratien entstanden, in denen der autoritäre Charakter der politischen Ordnung nur notdürftig von einer demokratischen Fassade verdeckt wird, so Putins „Gelenkte Demokratie“ in Russland und die bolivarianische Demokratie von Hugo Chavez in Venezuela. Zudem sind viele der jungen Demokratien, die in den vergangenen Jahren entstanden, nur von geringer Qualität. Sie haben ihren Bürgern außer Wahlen nur wenig von dem zu bieten haben, was liberale, soziale, republikanische oder deliberative Theorien mit dem Begriff der Demokratie verbinden (Croissant/Thierry 2009). Mehr noch: auch im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist die Bilanz der „defekten“ Demokratien meist nur wenig überzeugend, insbesondere wenn sie mit den Entwicklungserfolgen einiger autoritärer Modernisierungsregime in Asien oder den sozialen Verheißungen eines Hugo Chavez in Venezuela kontrastiert werden.

In diesem Zusammenhang hat in den letzten Jahren eine Diskussion neuen Auftrieb erhalten, welche die politikwissenschaftliche und entwicklungsökonomische Debatte seit vielen Jahrzehnten beschäftigt, die aber während der dritten Demokratisierungswelle an Bedeutung verloren hatte – nämlich die Frage nach dem Wirkungszusammenhang von politischer Ordnung und wirtschaftlicher Entwick-

lung. Als politischer Kollateralschaden der im Westen verursachten globalen Finanzkrise – so eine vierte Teilbeobachtung, aus der sich der neue Pessimismus in Sachen Demokratie und Demokratisierung speist – hat die Kritik an demokratischen Gesellschaftsmodellen in den Entwicklungsländern zugenommen (Faust 2010). Parallel hierzu steigt die Zahl derjenigen Politiker in Afrika, Asien oder Lateinamerika, die mit Bewunderung auf autoritär geführte Staaten wie China, Singapur, Russland oder auch Venezuela blicken. Diese versprechen einen stetigen, verlässlichen und an gesamtwirtschaftlicher Entwicklung orientierten Kurs – im Gegensatz zu zähen, konfliktanfällig, intransparent und überkomplex erscheinenden demokratischen Verfahren. Stabile und effiziente autoritäre Entwicklungsregime wie China, Singapur und Vietnam seien eher als Demokratien dazu in der Lage seien als Modernisierungsagenten aufzutreten und über ihre exponierte Stellung Entwicklungsbarrieren zu überwinden (zur Diskussion vgl. *ibid.*). Folglich seien es diese Staaten, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Rezepte zur Durchbrechung wirtschaftlicher Entwicklungsbarrieren vorgeben – und nicht mehr Europa oder die USA. Dabei sei der Einfluss „autoritärer Großmächte“ (Azar Gat) wie China und Russland auf die Orientierungen der Eliten und die inneren Kräfteverhältnissen der Staaten in ihrer erweiterten Nachbarschaft so deutlich spürbar, dass daraus neue und hinderliche Rahmenbedingungen der Demokratieförderung westlicher Staaten erwachsen (Grävingholt u.a., i.E.).

Fünftens schließlich erlebt die in regelmäßigen Abständen wiederkehrende Krisendiagnose westlicher Demokratien gegenwärtig eine Renaissance. Rückläufige Wahlbeteiligungen, der Mitgliederschwund der politischen Parteien, der Rückzug der Bürger ins Private oder – wahlweise – die wachsende Unterstützung für links- und rechtspopulistische Parteien seien Ausdruck einer Entwicklung der westlichen politischen Systemen in das Stadium der „Postdemokratie“ (Crouch 2009), die viele vordemokratische Züge trage: Als politisches Ordnungssystem sei die Demokratie zwar weiterhin normativ ohne überzeugende Alternative, realpolitisch jedoch krankte sie an der Aushöhlung ihrer inneren Kernfunktionen wie Partizipation, Repräsentation und Inklusion sowie einer sinkenden Leistungskraft und Problemlösungsfähigkeit der Regierungen. Die Demokratie, so Wolfgang Merkel in kritischer Kommentierung der aktuellen Krisendiagnose, „verliert ihren partizipativen Kern und verkommt zur elitären Zuschauerdemokratie“ (Merkel 2010b: 3).

Die aktuelle Diskussion um eine „Krise der Demokratie“ in Asien oder ihren „Rückzug“ aus der Region fügt sich in diese Debatte (siehe den Beitrag von Marco Bünte in diesem Heft sowie Croissant/Bünte, i.E.). Sie bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Ausgabe von ASIEN. Die nachfolgenden vier Beiträge beschäftigten sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit den Prozessen, Problemen und Potentialen der Demokratieentwicklung in Ost- und insbesondere in Südostasien.² Statt eines übertriebenen Optimismus oder eines überzogenen Skeptizismus betonten sie

² Ein fünfter Beitrag von Anja Senz zu China wird in Heft 117 erscheinen.

einen demokratietheoretisch und transformationstheoretisch informierten „Realismus“. Auf der Grundlage ihrer empirischen Befunde sind die skeptischen Einschätzungen der jüngsten Zeit zu relativieren. Einige Demokratien stehen schweren Herausforderungen gegenüber, für deren Bewältigung sie schlecht gewappnet zu sein scheinen. Doch über die Zeit und Ländergrenzen hinweg betrachtet bestehen erhebliche Unterschiede. So ist der Zustand der Demokratie in Asien heute im Vergleich etwa zur Situation vor drei oder vier Jahrzehnten keineswegs so negativ zu bewerten, wie es die Krisendebatte nahe legt. Mehrheitlich ist die Demokratie in Ostasien die am meisten präferierte Herrschaftsordnung, wie Doh-Chull Shin und Youngho Cho im ersten Beitrag dieser Ausgabe zeigen. Zugleich verdeutlichen die Ergebnisse ihrer Analyse der Survey-Daten des East Asia Barometer, dass Ostasiaten mehrheitlich ein kommunitaristisch geprägtes Demokratieverständnis pflegen, welches sich deutlich von der in westlichen Gesellschaften vorherrschenden liberalen Demokratie unterscheidet.

Der zweite Beitrag von Marco Bünte zum Stand der Demokratisierung in Südostasien zeigt einerseits, dass die demokratische Konsolidierung in allen Staaten schwierig gestaltet. Bislang aber, so Bünte, ist kein allgemeiner Trend in Richtung eines Rückzuges der Demokratie zu erkennen. Ähnlich gemischt fällt die Bilanz des dritten Beitrags von Philip Völkel und Paul W. Chambers zu den Konturen, Konflikten und Konsequenzen der zivil-militärischen Beziehungen in Thailand und Indonesien. Während die instabile politische Lage und das hohe Putschrisiko in Thailand momentan keine Verbesserung der zivilen Kontrolle zulassen, lassen sich in Indonesien durchaus Fortschritte in diese Richtung erkennen, die allerdings stark an Personen gebunden scheinen und bislang zumindest nicht institutionalisiert wurden.

Das Fazit von Stephan Giersdorf und Aurel Croissant zu den Potentialen und Grenzen von Zivilgesellschaft im elektoralen Autoritarismus Malaysias gerät gleichfalls ambivalent. Ihre vergleichend-historische Analyse zeigt, dass die malaysische Zivilgesellschaft seit der Unabhängigkeit des Landes einen tiefgreifenden Struktur- und Funktionswandel hin zu einer mit den Akteuren der politischen Gesellschaft gut vernetzten Assoziationslandschaft durchlaufen hat. Wenngleich sich die malaysische Zivilgesellschaft zunehmend als Herausforderer der autokratischen Eliten positioniert, ist es dem autoritären Regime in der Vergangenheit und aktuell aber gelungen, durch Kooptation und Repression die Konfliktfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure einzuschränken und hierdurch ihr herrschaftsbedrohendes Potential einzudämmen.

Trotz der unterschiedlichen Themenstellung, Länder und theoretischen Zugriffe teilen die Beiträge drei wesentliche Gemeinsamkeiten: Erstens identifizieren sie die beeindruckende Heterogenität der politischen Entwicklung in der Region. Ein einheitlicher Trend zu mehr Demokratie lässt sich ebenso wenig ausmachen, wie ein gesamtregionales „Zurückdrehen“ der Demokratisierungsprozesse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Zweitens machen sie deutlich, dass einfache Erklärungsange-

bote für die unbestreitbaren Probleme der Demokratieentwicklung zu kurz greifen. Notwendig sind multifaktorielle Erklärungen und eine vergleichend-historische Perspektive. Besonders vielversprechend erscheinen Erklärungsansätze, die auf die Identifikation kausaler Mechanismen abzielen und die im Rahmen von Mehrebenen-Analysen makro-strukturelle und institutionelle Konfigurationen in Beziehung zu Akteurshandeln setzen. Drittens zeigen die Beiträge, obgleich sie nur einen kleinen Ausschnitt aus dem politischen Geschehen einer heterogenen und komplexen Region bieten, dass die Systemkonkurrenz von Demokratie und Autokratie weiterhin unentschieden ist. Die vom post-sowjetischen Optimismus getragene Euphorie von einem weltweiten Siegeszug der Demokratie war zweifelsohne verfrüht. Die pessimistische Gegenthese ist es (bislang) auch.

Literatur

- Case, William, 2009: "Low-quality democracy and varied authoritarianism: elites and regimes in Southeast Asia today", in: *The Pacific Review*, 22, S. 255-269
- Croissant, Aurel und Marco Bünte, Hrsg., im Erscheinen: *The Crisis of Democratic Governance in South-east Asia*. London: Palgrave
- Croissant, Aurel und Peter Thiery, 2009: "Eroding Democracy or the Intransigence of Defective Democracy? Analyzing Democratic Transformation", in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Bertelsmann Transformation Index 2010. Political Management in International Comparison*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 68-95
- Crouch, Colin, 2009: *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: edition suhrkamp
- Diamond, Larry, 1999: *Developing Democracy Toward Consolidation*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press
- Diamond, Larry, 2008: *The Spirit of Democracy*. New York: The Free Press
- Faust, Jörg, 2010: „Demokratie und Dividende: Zum Mythos der wirtschaftlich ‚attraktiven‘ Autokratien“, in: *Internationale Politik* 65, S. 26-30
- Freedom House, verschiedene Jahre: *Freedom in the World*, www.freedomhouse.org
- Fukuyama, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*. Harper Perennial
- Gat, Azar 2007: "The Return of Authoritarian Great Powers", in: *Foreign Affairs*, July/August
- Grimm, Sonja, 2010: *Erzwungene Demokratie. Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht*. Baden-Baden: Nomos
- Gravingholt, Jörn; Julia Bader; Jörg Faust und Antje Kästner, im Erscheinen: *Regionale Mächte und die Zukunft der Demokratie im euro-asiatischen Raum: Der Einfluss Russlands, Indiens und Chinas*, Bonn: DIE (Analysen und Stellungnahmen)
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press
- Köllner, Patrick, 2008: „Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen“, *GIGA Focus Asien* 12, Hamburg: GIGA
- Merkel, Wolfgang, 2010a: „Are Dictatorships Returning? Revisiting the ‘democratic rollback’ hypothesis“, in: *Contemporary Politics*, 16, S. 17-31
- Merkel, Wolfgang, 2010b: Die Herausforderungen der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Keynote: Veranstaltung im Rahmen von „Österreich 2020“, 03.03.2010, http://www.wzb.eu/zkd/dsl/pdf/8_Keynote_von_Prof._Dr._Wolfgang_Merkel_Die_Herausforderungen_der_Demokratie_zu_Beginn_des_21._Jahrhunderts.pdf